



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Bern, 2. Mai 2017

Medienkonferenz des Bündnis gegen Burnout und Gratisarbeit

Der Angriff aufs Arbeitsgesetz ist ein Angriff auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden!

Redetext Vania Alleva, Präsidentin Unia

Anfragen wie die folgende erhält die Unia regelmässig über ihre Hotline «Service Arbeitszeit»: «Ich arbeite an zwei bis drei Sonntagen pro Monat. Ich kann weder die Zeit kompensieren noch erhalte ich dafür eine Entschädigung. Ich frage mich, ob das normal ist?»

Bei der Hotline können Arbeitnehmer/innen ihre Fragen zur Arbeitszeit und zu ihren Rechten stellen. Die Beratungsplattform ist für die Unia auch ein Gradmesser, wo bei den Beschäftigten der Schuh drückt. Klar ist: Der Druck auf die Angestellten steigt, Missbräuche bei der Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorschriften zu Arbeits- und Ruhezeiten sind weit verbreitet und vertragliche Bestimmungen werden oft nicht eingehalten. Dies macht ein weiteres Beispiel deutlich: «Meine Frau arbeitet vollzeitig im Gastgewerbe und hat täglich nur 5 Minuten Mittagspause. Sie macht regelmässig Mehrstunden. Durch den Stress an der Arbeit hat sie gesundheitliche Probleme.»

Bürgerlicher Angriff auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden

Jetzt greifen die Bürgerlichen im Parlament den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmenden frontal an. Vor allem die Arbeitszeiterfassung und geregelte Arbeitszeiten sind ihnen ein Dorn im Auge. Dies, obwohl der Bundesrat die Regelungen zur Arbeitszeiterfassung im Jahr 2016 eben erst gelockert hat. Konrad Graber (CVP) und Karin Keller-Sutter (FDP) fordern mit Vorstössen noch mehr Deregulierung: Sie möchten die Arbeitszeiterfassung ganz aushebeln. Mit der Initiative von Keller-Sutter würden Hunderttausende Arbeitnehmende von der Arbeitszeiterfassung ausgeschlossen: Unter die Gummi-Begriffe «Fachspezialist/in» und «leitende Angestellte», die künftig ihre Arbeitszeit nicht mehr aufschreiben dürften, fallen bis zu 40 Prozent der Angestellten; als «Fachspezialist/innen» gelten z.B. Bau-Polier/innen, Detailhandelspezialist/innen, Chefbäcker/innen oder Fachpersonen Langzeitpflege. Für bestimmte Personengruppen will die Initiative von Graber zudem gar die Höchstarbeitszeiten abschaffen und das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit ausser Kraft setzen. Diese Verschlechterung für Arbeitnehmende ist ein direkter Angriff auf den Gesundheitsschutz! Denn für die Mehrheit der Arbeitnehmenden bedeutet Deregulierung: mehr Stress.

Unia-Umfrage zeigt: Stress am Arbeitsplatz ist eine Realität für viele Arbeitnehmende

Eine im Januar 2017 publizierte Unia-Umfrage über Stress im büronahen Dienstleistungsberufen zeigte deutlich: Arbeitsbedingter Stress kommt sehr häufig vor und hat oft negative Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der Beschäftigten. 70 Prozent stehen bei der Arbeit oft oder immer unter Stress. Viele fühlen sich unmotiviert, ausgelaugt, nervös und gereizt oder körperlich angeschlagen. Gründe sind Zeit- und Leistungsdruck, überlange Arbeitstage und

arbeiten in der Freizeit. Gerade im Dienstleistungsbereich wird oft ständige Erreichbarkeit gefordert. Das macht die Menschen krank. Ständerat Graber aber will die Schutzbestimmungen ausgerechnet im Dienstleistungssektor aufbrechen! Mit der Annahme der beiden Vorstösse und der Abschaffung der gesetzlichen Schutzbestimmungen würden die heute schon prekären Arbeitsbedingungen der Angestellten weiter verschlechtert.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird verunmöglicht

Ein weiteres Beispiel aus der Praxis sowohl der Hotline als auch den Sprechstunden am Schalter in den Unia-Regionen: Eine Filialleiterin ist auf planbare Arbeitszeiten und fixe freie Tage angewiesen, da sie Schulkinder hat. Sie meldet der Unia folgende Situation: «Seit über einem Jahr arbeite ich in einer Firma, wo ich meine Arbeitszeiten selbständig erfasse. Ich gebe monatlich eine Kopie meiner Arbeitszeiterfassung dem Personalverantwortlichen ab. Leider habe ich bis heute keine Reaktion erhalten. Ich habe mittlerweile über 300 Überstunden. Was kann ich machen, damit ich meine Überstunden genehmigt bekomme und damit ich bei einem Austrittfall die Stunden nicht verliere?»

Gelten keine Höchstarbeitszeiten mehr, leidet nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wenn Arbeitnehmende mehr als 50 Stunden pro Woche verfügbar sein müssen, stellt das Personen mit Familienpflichten vor riesige Probleme oder verunmöglicht ihnen gar, gewisse Jobs anzunehmen. Der Gleichstellung und der Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt wird damit ein Bärendienst erwiesen.

Das Arbeitsgesetz bietet Schutz

Das Arbeitsgesetz ist ein notwendiger – und häufig der einzige – Schutz gegen das Arbeiten rund um die Uhr, zerstückelte Einsätze, ständige Erreichbarkeit, Stress und Burn-out. Gerade im Dienstleistungssektor ist die GAV-Abdeckung ungenügend. Geregelte Arbeitszeiten und die Zeiterfassung sind das wirksamste Mittel gegen Überlastung am Arbeitsplatz. Die Angestellten brauchen ein Arbeitsgesetz, das Schutz vor Missbrauch bietet. Die Gewerkschaften wollen zudem den Gesundheitsschutz auch in den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) stärker verankern und die Arbeitszeiten auch in neuen Arbeitssituationen (Homeoffice, Umgang mit elektronischen Arbeitsmitteln) besser regeln. Starke Gesamtarbeitsverträge bieten einen wirksamen Schutz – auch gegen die Deregulierung von Arbeitszeiten.

Ausbau statt Abbau des Gesundheitsschutzes

Um den effektiven Belastungen der Arbeitnehmenden Rechnung zu tragen, muss der Gesundheitsschutz nicht ab-, sondern ausgebaut werden. Die Unia fordert den besseren Vollzug des Arbeitsgesetzes, mehr Kontrollen sowie die Verstärkung des Gesundheitsschutzes und der Arbeitszeitregelungen in Gesamtarbeitsverträgen. Aber auch die Arbeitgeber sind verpflichtet, für die physische und psychische Gesundheit ihrer Mitarbeitenden zu sorgen. Dazu gehört u.a. eine geeignete Arbeitsorganisation und die Vermeidung von übermässiger Beanspruchung. Die Unia wird sich mit allen Mitteln gegen die gefährlichen und gesundheitsschädigenden Vorstösse im Parlament wehren!

Für Rückfragen:

Vania Alleva, Präsidentin Unia, 079 620 11 14